

Lichtenstein-Callumberger Tageblatt

Wochen- und Nachrichtenblatt

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau und Mülsen.
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 17.

Donnerstag, den 22. Januar

1891.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer bei Expedition in Lichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postanstalten, Postböden, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die viergetheilte Korrespondenz oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Zeitung täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Materialwarenhändlers **Gottlieb Vöbig** in Lichtenstein wird heute, am 17. Januar 1891, vormittags 9 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt **Fröhlich** in Lichtenstein wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 12. Februar 1891 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 21. Februar 1891, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinshandhaber zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Februar 1891 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Lichtenstein, den 17. Januar 1891.

Geyler.
Veröffentlicht: Heilmann, Ger.-Schr.

Im hiesigen Handelsregister ist heute auf dem neueröffneten Folium 240 die Firma **J. A. Kreißig & Sohn** in Callenberg und als deren Inhaber der Fabrikant Herr **Friedrich August Kreißig** in Callenberg und der Kaufmann Herr **Max Reinhold Kreißig** daselbst eingetragen worden.

Königl. Amtsgericht Lichtenstein, den 19. Januar 1891.

Geyler. Hörig.

Freiwillige Versteigerung.

Auf Antrag der Erben des Färbers und Grundstücksbesizers **Carl August Hornig** in Mülsen St. Jacob sollen die zu dessen Nachlasse gehörigen Grundstücke, als:

1., das auf Fol. 208 des Grund- und Hypothekenbuchs für Mülsen St. Jacob eingetragene Haus- und Gartengrundstück Nr. 200 B des Brandkatasters, bestehend aus der Parzelle Nr. 330 des Flurbuchs, mit 265,33 Steuereinheiten belegt und 9,5 Ar Fläche enthaltend, welches bei der Königl. Sächsischen Landes-Brandversicherungs-Anstalt mit

11680 Mark

versichert ist.
2., das auf Fol. 207 des Hypothekenbuchs für Mülsen St. Jacob eingetragene Feldgrundstück, Nr. 919 des Flurbuchs, mit 8,21 Steuereinheiten belegt und 28,5 Ar Fläche enthaltend, welches im Jahre 1870 für 300 Thaler gekauft worden ist.

Sonnabend, den 24. Januar 1891,
vormittags 11 Uhr

an Ort und Stelle im Nachlaßgrundstück Nr. 200 B des Brandkatasters für Mülsen St. Jacob öffentlich um das Meistgebot versteigert werden.

In dem Nachlaßgrundstück wird derzeit nach Angabe der Hornig'schen Erben eine Bäckerei betrieben, welche einen jährlichen Mietsertrag von 660 Mark abwirft. Die Versteigerungsbedingungen, sowie eine Beschreibung des Hausgrundstücks sind aus dem am Gerichtsbrette und im Gasthose zum Deutschen Kaiser in Mülsen St. Jacob befindlichen Aushange ersichtlich.

Lichtenstein, am 13. Januar 1891.

Königl. Amtsgericht.

Desfeld, Assessor.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 20. Januar.

1 1/4 Uhr. Am Bundesratsstische: von Bötticher und Kommissarien. Das Haus ist nur mäßig besetzt. Die zweite Beratung des Reichshausgesetzes wird beim Kapitel „Reichsamt des Innern“ fortgesetzt.

Abg. Grilleberger (Soz.) führt Klage über die geringe Besoldung der Diener des „Germanischen Museums“ in Nürnberg, das vom Deutschen Reiche mit jährlich 48.000 Mark unterstützt wird.

Abg. Dr. Witte (freis.) wünscht eine genaue Uebersicht über die Verwendung der 200.000 Mark, welche der „Berein zur Förderung der Hochseefischerei“ vom Deutschen Reiche erhält.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, daß der Berein mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt habe, doch erwiderte er sich in erfreulicher Weise, so daß eine Aufhebung der Reichsunterstützung allmählig werde in Aussicht genommen werden können. Ueber die Einzelheiten der überwiesenen Gelder ergebe sich näheres aus den Vereinsberichten.

Abg. Dr. Buhl (natlib.) wünscht eine größere Verbreiterung und genaue Erklärung der vom Bundesrate erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Alters- und Invaliden-Versicherung, da hierüber noch recht große Unklarheiten herrschen.

Abg. Dr. Schrader (freis.) wünscht, daß die Ausführung und das Inkrafttreten des Gesetzes noch auf ein Jahr ausgesetzt werden wäre, da die Arbeit wohl kaum zu bewältigen sein würde.

Staatssekretär v. Bötticher kann diese Befürchtungen nicht teilen. Ein neues und so umfangreiches Gesetz, wie das vorliegende, macht ganz selbstverständlich immer erst Schwierigkeiten, aber diese sind nicht so groß, als daß sie nicht überwunden werden könnten, und auch im vorliegenden Falle werden sie überwunden werden. Die Bevölkerung findet sich in die neuen Bestimmungen hinein und die Verstöße, die heute ja wohl noch vorkommen, werden schließlich doch ein Ende nehmen. Selbst von früheren Gegnern des Gesetzes wird ja anerkannt, daß die Ausführung der Alters- und Invalidenversicherung sich einfacher gestaltet hat, als vielfach erwartet wurde. Bedacht zu nehmen sein wird später allerdings wohl auf eine Arbeitsentlastung des Reichsversicherungsamtes. Zu

bedauern wäre höchstens, daß die Presse leider nicht allenthalben in dem Maße, wie es die Alters- und Invalidenversicherung im Hinblick auf ihre Wichtigkeit verdient, derselben ihre Unterstützung zugewandt hat.

Abg. Dr. Lingens (Str.) geht auf die Verhältnisse in den Auswanderungs-Logierhäusern deutscher Städte ein und schildert dieselben als außerordentlich traurig. Dazu komme noch, daß sich dort Schwindler vielfach eindrängen und den armen Leuten im betrügerischen Kartenspiel, Kimmelblättchen usw., das Geld abnehmen.

Staatssekretär v. Bötticher: Die von dem Herrn Vorredner erwähnten Verhältnisse liegen denn heute doch nicht mehr so traurig, wie in früheren Jahren. Von Reichswegen ist eingeschritten, wo dies erforderlich war, und es ist auch eine ganz erhebliche Besserung erzielt worden. Dem Kimmelblättchen zu steuern, ist nicht Sache des Deutschen Reiches, sondern der lokalen Polizei.

Abg. Bruhns (Soz.) stellt in Abrede, daß die Verhältnisse sich überall gebessert hätten; in Bremen herrschten z. B. noch immer ganz außerordentlich traurige Zustände. Die Auswanderung sei sehr bedauerlich; das beste Mittel, sie zu verringern, sei die Verringerung der dreijährigen Dienstzeit, die viele junge Leute übers Meer treibe.

Abg. Wolkenuhr (Soz.) erörtert die Lage der Schiffsheizer und Arbeiter, die er als recht mitleidlich bezeichnet. Es wäre wohl zu wünschen, daß die Reichsregierung mit daraufhin wirkte, um diesen Leuten ein besseres Los zu bereiten.

Bremischer Bundesbevollmächtigter Dr. Marcus: Der Abg. Bruhns hat sich nicht streng an die Thatsachen gehalten. Von unseren Behörden in Bremen wird gerade den Auswanderer-Verhältnissen die größte Aufmerksamkeit gewidmet, und die Auswanderer selbst sind mit den dortigen Zuständen ganz zufrieden. Was die Einrichtungen auf den Auswandererschiffen betrifft, so haben die Sachverständigen die Schiffe des Norddeutschen Lloyd in Bremen in dieser Beziehung als musterhaft bezeichnet.

Abg. Schwarz (Soz.) bestreitet, daß diese Musterhaftigkeit vorhanden ist. Die Ventilation und die räumlichen Einrichtungen in dem von Auswanderern benützten Zwischendeck sind im Gegenteil äußerst mangelhaft.

Abg. Lieber (Str.): Die Worte des Herrn Vorredners entsprechen denn doch der Wahrheit in keiner Weise. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß auf den Dampfern des Norddeutschen Lloyd alles gethan wird, was geschehen kann, um die gesundheitlichen Verhältnisse während der Fahrt so gut, wie nur möglich zu gestalten.

Bei der Position „Statistisches“ Amt erwiderte Staatssekretär von Bötticher auf eine Anregung des Abg. Singer, daß infolge der von letzterem erhobenen Beschuldigung, daß Hilfsarbeiter im Statistischen Amt von ihren Vorgesetzten sehr unpassend behandelt würden, gegenwärtig noch eine Untersuchung schwebt und deshalb ein Urteil noch nicht gefällt werden könne.

Abg. Schrader (freis.) wünscht, daß die Hilfsarbeiter des Statistischen Amtes nicht von den dort auszubildenden Steuerbeamten verdrängt werden möchten.

Dem von den Abgg. Brömel und Schrader (freis.) gemeinsam ausgesprochenen Wunsche gegenüber, die handelsstatistischen Mitteilungen zu einem billigeren Preise, als bisher, erscheinen zu lassen, um sie weiteren Kreisen zugänglich zu machen, erklärt Staatssekretär von Bötticher, daß diese Publikationen doch nur für einen beschränkten Kreis Interesse haben und sich deshalb ein Zuschuß aus öffentlichen Mitteln nicht rechtfertigen lasse.

Auf eine Anregung des Abg. Bamberger (freis.) erklärt der Staatssekretär, daß sich unser Handel mit Ostafrika, Asien und Australien im letzten Jahre bedeutend mit Hilfe der neuen Dampferlinie gehoben habe. Der Verkehr mit Samoa sei allerdings zurückgegangen, aber daran trügen wohl die Unruhen, die dort stattgefunden, die Schuld. Der Etat des Reichsamtes des Innern wird bis zur Position „Normal-Nachrichts-Kommission“ einschließlich genehmigt.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)

Tagesgeschichte.

— Anlässlich der jetzt häufig vorkommenden Verspätigungen und Anschlußversäumnisse der Eisenbahnzüge machen wir das reisende Publikum auf die